

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5810

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5810



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

LÄNDERANALYSE

Sri Lanka: Verbindungen zur LTTE

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 12. Juni 2026

Inhaltsverzeichnis

1	Hauptaussagen	3
2	Fragen	3
3	Personen mit Verbindungen zur LTTE	4
3.1	Keine wesentliche Änderung der Politik zu tamilischen Anliegen	4
3.2	Anhaltende Überwachung und Einschüchterungen	6
3.3	Tatsächliche oder unterstellte LTTE-Verbindungen als Risikofaktoren	10
3.3.1	Entführungen, Folter und sexuelle Gewalt bei LTTE-Zuschreibung	13
4	Rückkehr	17
5	«Alte» Akteneinträge	20

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 HAUPTAUSSAGEN

Die Quellen deuten darauf hin, dass Personen mit **tatsächlichem oder zugeschriebenem Bezug zu den «Liberation Tigers of Tamil Eelam» (LTTE)** von staatlichen Akteur*innen überwacht, befragt und eingeschüchtert werden können. Auch gibt es dokumentierte Beispiele polizeilicher Ermittlungen und Verhaftungen. Das OHCHR dokumentierte Fälle, in denen solche Personen willkürlich inhaftiert, misshandelt und gefoltert wurden. Betroffen von Überwachung, Einschüchterung und Schikane sind insbesondere ehemalige LTTE-Mitglieder, Personen mit früheren Verhaftungen oder Verfahren sowie tamilische Aktivist*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidigende und Angehörige von Verschwundenen (Kapitel 3).

Bei einer **Rückkehr** ist eine Verhaftung unmittelbar bei der Einreise gemäss den vorliegenden Quellen nicht der Regelfall. Befragungen und Überprüfungen bleiben jedoch möglich. Das Risiko hängt stark vom individuellen Profil ab, namentlich von früherem Verdacht der Behörden auf LTTE-Nähe, offenen Verfahren, Diaspora-Kontakten und der Art der Rückkehr. Früher erlittene Haft und Folter sowie allfällige schwerwiegende Vorwürfe erhöhen das Risiko einer Festnahme. Bei Verfahren nach dem Anti-Terror-Gesetz (PTA) sind die Verfahrensgarantien eingeschränkt. Der PTA erlaubt langandauernde Haft ohne Anklage und lässt als Beweismittel auch Geständnisse zu, die vor Polizeibeamt*innen abgelegt wurden (Kapitel 4).

Frühere Akten, sogenannte **«Watch-Lists»** und andere behördliche oder militärische Aufzeichnungen bleiben nach Einschätzung mehrerer Quellen relevant (Kapitel 5). Darin erfasste Personen müssen bei einer Rückkehr mit Überwachung und Befragung am Flughafen rechnen. Bei entsprechendem Profil – insbesondere früherer Verhaftung, Folter oder schwerwiegenden Vorwürfen – sind auch Festnahme oder eine Inhaftierung nach dem PTA möglich (Kapitel 4).

2 FRAGEN

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Gibt es aktuelle Informationen zu staatlichen Massnahmen gegen Personen, denen eine frühere Zusammenarbeit mit den «Liberation Tigers of Tamil Eelam» (LTTE) zugeschrieben wird?
2. Welche Informationen liegen dazu vor, ob Personen, denen eine frühere Zusammenarbeit mit der LTTE zugeschrieben wird, bei einer Rückkehr nach Sri Lanka nach langjährigem Aufenthalt im Ausland einem Strafverfahren unterzogen oder inhaftiert werden, insbesondere auf Grundlage des «Prevention of Terrorism Act» (PTA)? Welche Verfahrensgarantien bestehen in solchen Fällen?
3. Gibt es Hinweise darauf, dass sri-lankische Behörden Akteneinträge aus den 2000er- oder 2010er-Jahren zu mutmasslichen LTTE-Aktivitäten einer Person – hier: mutmassliche Beteiligung an einem Bombenanschlag – weiterhin nutzen und als relevant einschätzen, etwa im Rahmen sogenannter «Watch-Lists»?

4. Gibt es Hinweise darauf, dass Personen, die auf solchen «Watch-Lists» oder in vergleichbaren behördlichen Aufzeichnungen erfasst sind, bei einer Rückkehr nach Sri Lanka mit behördlichen Massnahmen rechnen müssen? Falls ja, um welche Massnahmen handelt es sich – etwa Überwachung, Befragung, Verhaftung oder Strafverfahren?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Sri Lanka seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen² und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

3 PERSONEN MIT VERBINDUNGEN ZUR LTTE

3.1 Keine wesentliche Änderung der Politik zu tamilischen Anliegen

Unter neuer Regierung keine wesentliche Abkehr von früherer Politik gegenüber Personen, die tamilische Anliegen thematisieren. Knapp zwei Jahre nach dem Amtsantritt der Regierung der «National People's Power» (NPP) im September 2024 warten Angehörige von Verschwundenen und Überlebende der Menschenrechtsverletzungen des Bürgerkriegs laut dem sri-lankischen Think Tank *Adayaalam Centre for Policy Research* (ACPR) weiterhin auf konkrete Massnahmen.³ Trotz der Rhetorik der «nationalen Versöhnung» habe die Regierung unter Präsident Anura Kumara Dissanayake wenig unternommen, um Vertrauen bei tamilischen und muslimischen Gemeinschaften aufzubauen.⁴ Opfer und Überlebende des Bürgerkriegs, insbesondere Personen, die sich öffentlich zu Wort melden, seien laut dem *Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) weiterhin Ausgrenzung, Unterdrückung und Einschüchterung ausgesetzt. Auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen berichteten weiterhin von Drohungen im Zusammenhang mit der Dokumentation vergangener Verstösse.⁵ *Kontaktperson F*

¹ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte>

² Die vertraulichen Auskünfte stammen von fachkundigen Personen, die vor Ort zu Menschenrechts- und Sicherheitsfragen in Sri Lanka tätig sind, beziehungsweise über aktuelle Kenntnisse der Lage vor Ort (Kontaktperson H) verfügen. Ihre Identitäten, institutionellen Zugehörigkeiten und weitere identifizierende Angaben werden – bis auf eine Ausnahme (Kontaktperson H) – aus Schutzgründen nicht offengelegt.

³ Adayaalam Centre for Policy Research (ACPR), 17 years on: Unkept Promises and Persistent Impunity, 17. Mai 2026: <https://adayaalam.org/17-years-on-unkept-promises-and-persistent-impunity/>.

⁴ Human Rights Watch (HRW), World Report 2026, Sri Lanka, 4. Februar 2026: <https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/sri-lanka>.

⁵ UN Human Rights Council (HRC), Situation of human rights in Sri Lanka; Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights [A/HRC/60/21], 28. August 2025, S. 12-13: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2129664/g2512769.pdf>.

widersprach der Annahme, dass sich die Lage unter der aktuellen Regierung wesentlich verbessert habe. Bei einem Treffen mit der UN-Mission hätten Vertretende der Zivilgesellschaft übereinstimmend erklärt, dass sich insbesondere hinsichtlich der Sicherheitslage nichts Grundlegendes geändert habe.⁶ Auch nach Einschätzung von *Kontaktperson G* hat sich die Sicherheitslage nur begrenzt verbessert. Die Regierung trete gegenüber internationalen Akteur*innen zwar mit einer versöhnlicheren Rhetorik auf, in der Praxis sehe sie jedoch keine wesentliche Veränderung.⁷ ACPR sieht entsprechend keine wesentliche Abkehr von der Politik früherer Regierungen, unter anderem wegen der Untätigkeit gegenüber Kriegsverbrechen und des fehlenden sicheren zivilgesellschaftlichen Raums.⁸ Die *International Crisis Group* (ICG) stellte zudem fest, dass die Regierung keine offensichtlichen Schritte unternommen habe, um Militärangehörige zu disziplinieren, welche gerichtliche Untersuchungen zu mutmasslichen Gräueltaten des Militärs verzögert oder blockiert hätten.⁹

Keine Reform und kein Abbau des Sicherheits- und Überwachungsapparat. Verfügbare Informationen sprechen nicht für einen grundlegenden Abbau des Sicherheits- und Überwachungsapparats nach dem Regierungswechsel 2024. Das OHCHR hielt im Bericht vom August 2025 fest, dass weiterhin keine umfassende Reform des Sicherheitssektors stattgefunden habe. Der Überwachungsapparat sei insbesondere im Norden und Osten weitgehend intakt geblieben, mit nur minimaler Aufsicht oder Steuerung durch die Zentralregierung.¹⁰ Nach Einschätzung von *Kontaktperson F* sind in der Praxis weder eine deutliche Verkleinerung des Militärs noch eine ernsthafte Reform des Sicherheitssektors sichtbar. *Kontaktperson F* führte dies auch darauf zurück, dass Regierungen, solange sie politisch auf die Unterstützung des Militärs angewiesen seien, dessen Reform oder Verkleinerung vermeiden würden.¹¹ Auch die *Kontaktperson D* betonte gegenüber der SFH, die aktuelle Regierung habe bislang keine umfassende Reform des Sicherheitssektors vorgenommen und ob eine solche geplant sei, sei unklar.¹²

Anhaltend hohe Militarisierung. Laut *Kontaktperson F* sei das Militär im Norden und Osten weiterhin präsent, aber weniger häufig offen auf den Strassen sichtbar. Dies gelte insbesondere rund um Gedenkfeiern.¹³ Bei Demonstrationen, Landkonflikten oder Aktivitäten in militärisch kontrollierten Gebieten werde die Präsenz jedoch wieder deutlich sichtbar. Die Veränderung liege daher vor allem in der geringeren Sichtbarkeit, nicht in einer substanziellen Reduktion des Militärs.¹⁴ Diese Einschätzung deckt sich mit Angaben von *Kontaktperson G*, wonach es keine wesentlichen Veränderungen gegeben habe: Militärlager bestünden weiter, die Überwachung dauere an, und das Militär mische sich

⁶ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

⁷ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

⁸ ACPR, 17 years on: Unkept Promises and Persistent Impunity, 17. Mai 2026.

⁹ International Crisis Group (ICG), Sri Lanka's Bumpy Road to a Political Reset, 16. April 2026, S. 16: https://www.crisisgroup.org/sites/default/files/2026-04/sri-lanka-bumpy-road-political-reset_1.pdf

¹⁰ HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S.7.

¹¹ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

¹² Auskunft via Instant-Messenger vom 3. April 2026 von Kontaktperson D.

¹³ Bei welchen laut Kontaktperson F möglicherweise konkrete Anweisungen bestanden hätten, die sichtbare Präsenz zu reduzieren. Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

¹⁴ Ebenda.

weiterhin in zivile Verwaltungsprozesse ein, etwa bei Bezirkskoordinierungssitzungen.¹⁵ Auch *Sri Lanka Campaign* hielt im Mai 2026 fest, Militarisierung zeige sich nicht allein durch sichtbare Soldat*innen im öffentlichen Raum, sondern ebenso durch die fortgesetzte Übernahme ziviler Aufgaben durch das Militär und die Vermischung ziviler und militärischer Zuständigkeiten. Gedenkveranstaltungen, Proteste von Angehörigen Verschwundener und menschenrechtliche Dokumentationsarbeit fänden weiterhin unter militärischer Beobachtung statt.¹⁶ Auch ehemalige Kämpfer*innen der «Liberation Tigers of Tamil Eelam» (LTTE) auf Militärfarmen berichteten laut *Kontaktperson F* weiterhin von ähnlichen Problemen wie in früheren Jahren, unter anderem im Zusammenhang mit dem Militär und Korruption.¹⁷

PTA nicht aufgehoben und neuer Anti-Terror-Gesetzentwurf behebt bisherige Mängel ungenügend. Trotz der Zusagen der neuen Regierung, den «Prevention of Terrorism Act» (PTA) aufzuheben, wird das Gesetz laut OHCHR weiterhin angewendet und führt zu willkürlichen Festnahmen sowie langwieriger Haft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. 2025 seien Personen, vor allem aus tamilischen und muslimischen Gemeinschaften, unter dem PTA festgenommen worden, unter anderem wegen der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen oder Protesten.¹⁸ Laut *Human Rights Watch* (HRW) wurde der PTA 2025 sogar häufiger eingesetzt: Während im gesamten Jahr 2024 38 Fälle registriert worden seien, seien es in den ersten fünf Monaten 2025 bereits 49 Fälle gewesen.¹⁹ *Kontaktperson A* wies jedoch darauf hin, dass der PTA derzeit vor allem im Zusammenhang mit Drogenkriminalität eingesetzt werde.²⁰ Der im Dezember 2025 veröffentlichte Entwurf des «Protection of the State from Terrorism Act» (PSTA), der den PTA voraussichtlich ersetzen soll, wurde bisher nicht verabschiedet. Mehrere Akteur*innen kritisierten den Entwurf als Fortführung des PTA mit weiterhin gravierenden rechtsstaatlichen Mängeln.²¹

3.2 Anhaltende Überwachung und Einschüchterungen

Betroffene Personengruppen. Die vorliegenden Quellen deuten darauf hin, dass sri-lankische Sicherheitsbehörden insbesondere im Norden und Osten Sri Lankas weiterhin zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Aktivist*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidigende und Angehörige von Verschwundenen überwachen, befragen und

¹⁵ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

¹⁶ Sri Lanka Campaign, Mullivaikkal 2026: There is No 'Reform' Without Justice, 18. Mai 2026: <https://sri-lankacampaign.org/mullivaikkal-2026-there-is-no-reform-without-justice/>.

¹⁷ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

¹⁸ HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 6.

¹⁹ HRW, World Report 2026, Sri Lanka, 4. Februar 2026.

²⁰ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

²¹ Amnesty International (AI), Sri Lanka, Amnesty International commentary on the proposed Protection of the State from Terrorism Act, 2026, 3. März 2026: <https://www.amnesty.org/en/documents/asa37/0766/2026/en/>; OHCHR, OHCHR comments on Sri Lanka's draft Protection of the State from Terrorism (PSTA) Bill, 24. Februar 2026: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/sri-lanka/ohchr-comments-sri-lanka-psta.pdf>; Ambika Satkunanathan, Protection of the State from Terrorism Bill – The facade of 'System Change', Meinungskolumne in Daily FT, 29. Januar 2026: <https://www.ft.lk/opinion/Protection-of-the-State-from-Terrorism-Bill-The-facade-of-System-Change/14-787594>; HRW, Sri Lanka: Proposed Counterterrorism Law Risks More Abuses, 18. Januar 2026: <https://www.hrw.org/news/2026/01/18/sri-lanka-proposed-counterterrorism-law-risks-more-abuses>.

schikanieren.²² Mehrere Quellen nannten ehemalige LTTE-Kämpfer*innen oder Personen mit tatsächlichem beziehungsweise zugeschriebenem LTTE-Bezug als Betroffene von Überwachung und Einschüchterung (siehe Kapitel 3.3).²³ *Kontaktperson B* verwies darüber hinaus auf Schikanen gegenüber Angehörigen beziehungsweise Personen aus dem familiären Umfeld ehemaliger LTTE-Mitglieder.²⁴

Besonders betroffene Themenfelder und Aktivitäten. Besonders betroffen sind laut verschiedenen Quellen Personen, die sich für Rechenschaft für das Verschwindenlassen und andere bürgerkriegsbezogenen Verbrechen,²⁵ gegen Landaneignungen,²⁶ gegen die Militarisierung und für tamilische Anliegen²⁷ oder für Umweltfragen²⁸ engagierten oder mit ehemaligen LTTE-Kämpfer*innen im Norden und Osten Sri Lankas arbeiteten.²⁹ Die Überwachung richtete sich auch gegen Journalist*innen, die über die Aktivitäten des Militärs in der mehrheitlich tamilischsprachigen Nord- und Ostprovinz berichten.³⁰

Das OHCHR erhielt für den Zeitraum ab August 2024, also auch für die Zeit nach dem Regierungswechsel im September 2024, Berichte über Schikanen und Einschüchterungen durch Angehörige der Sicherheitskräfte gegen sieben Menschenrechtsverteidiger*innen und Angehörige von Verschwundenen im Norden und Osten Sri Lankas, die mit der UNO oder anderen internationalen Akteur*innen zusammengearbeitet hatten. Drei weitere Menschenrechtsverteidiger*innen seien von der «Terrorist Investigation Division» (TID) der Polizei vorgeladen und zu ihrer mutmasslichen Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen im In- und Ausland befragt worden, darunter auch an Sitzungen des UNO-Menschenrechtsrats in Genf. Eine weitere Person soll nach einem Besuch in

²² ACPR, 17 years on: Unkept Promises and Persistent Impunity, 17. Mai 2026 (Aktivist*innen, Journalist*innen); AI, The State of the World's Human Rights, Sri Lanka 2025, 21. April 2026: <https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-asia/sri-lanka/report-sri-lanka/> (Aktivist*innen, Journalist*innen, Angehörige von Verschwundenen); ICG, Sri Lanka's Bumpy Road to a Political Reset, 16. April 2026, S. 16 (Aktivist*innen, Journalist*innen, Angehörige von Verschwundenen); Telefon-Interviews vom 8., 10. und 14. April 2026 mit Kontaktpersonen A, F und G (Aktivist*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidigende, Angehörige von Verschwundenen); E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E (zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidigende, Angehörige von Verschwundenen); HRW, World Report 2026, Sri Lanka, 4. Februar 2026 (Journalist*innen, Menschenrechtsverteidigende, Angehörige von Verschwundenen); HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 7 (zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Menschenrechtsverteidigende und Angehörige von Verschwundenen); ACPR, A Phantom that is Real, Persisting Culture of Surveillance and Intimidation in the North-East, Februar 2025, S. 5-24: <https://adayaalam.org/wp-content/uploads/2025/05/A-Phantom-that-is-Real-Persisting-Culture-or-Surveillance-and-Intimidation-in-the-NorthEast.pdf> (alle Gruppen).

²³ Interviews vom 8., 10. und 14. April mit Kontaktpersonen A, F und G; E-Mail-Auskünfte vom 2., 15. und 29. April 2026 von Kontaktpersonen E und H; ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 6-24; HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, Comprehensive report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights [A/HRC/57/19], 27. August 2024, S. 8: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2114649/g2413818.pdf>.

²⁴ Kontaktperson B berichtete von einem nicht unabhängig verifizierten Einzelfall: Die Ehefrau eines 2024 ins Ausland geflohenen ehemaligen LTTE-Mitglieds habe im Januar 2026 angegeben, seit der Ausreise ihres Ehemanns von der Pillayan-Gruppe aufgesucht und nach dessen Aufenthaltsort befragt worden zu sein. Auskunft via Instant-Messenger vom 2. April und 9. Juni 2026 von Kontaktperson B.

²⁵ ICG, Sri Lanka's Bumpy Road to a Political Reset, 16. April 2026, S. 16; AI, The State of the World's Human Rights, Sri Lanka 2025, 21. April 2026; HRW, World Report 2026; Sri Lanka, 4. Februar 2026; HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 7; ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 5-15.

²⁶ ACPR, 17 years on: Unkept Promises and Persistent Impunity, 17. Mai 2026; HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 7.

²⁷ ACPR, 17 years on: Unkept Promises and Persistent Impunity, 17. Mai 2026.

²⁸ HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 7

²⁹ Ebenda.

³⁰ ICG, Sri Lanka's Bumpy Road to a Political Reset, 16. April 2026, S. 16.

Europa von einem Mitglied der Polizei verdeckte Morddrohungen erhalten haben.³¹ *Kontaktperson A* berichtete ebenfalls von einer Person, die vor wenigen Monaten wegen ihrer Teilnahme an einer UNO-Sitzung in Genf vom «Criminal Investigation Department» (CID) der Polizei befragt worden sei. Dabei habe das CID verschiedene Fotos von der Reise nach Genf vorgelegt oder besessen, obwohl die betroffene Person nach eigener Darstellung selbst keine Fotos von ihrem Aufenthalt gemacht habe.³²

Formen und Praktiken der Überwachung und Einschüchterung. Das OHCHR beobachtete fortgesetzte Muster von Überwachung, Einschüchterung und Schikanen. Militärische und zivile Nachrichtendienstangehörige, darunter CID und TID, würden Betroffene häufig vorladen oder zu Hause beziehungsweise in ihren Büros aufsuchen, um sie ohne rechtliche Grundlage zu Programmen, Finanzierung, Kontakten und Auslandsreisen zu befragen.³³ Auch *Kontaktperson A* berichtete, dass Sicherheitskräfte Betroffene zu Hause aufsuchen und sie befragen.³⁴ *Kontaktperson E* gab an, dass sowohl formelle als auch informelle Sicherheitsstrukturen Betroffene überwachten, schikanierten und einschüchterten. Dazu gehörten auch Vorladungen zu Vernehmungen ohne triftigen Grund.³⁵ Tamilischsprachige Journalist*innen im Distrikt Mullaitivu seien laut ACPR fortdauernder Überwachung und Einschüchterung ausgesetzt. Ein Journalist gab an, das CID, Geheimdienste und Armee würden Journalist*innen des «Mullaitivu Press Club» kennen und beobachten. Bei Protesten erhielten Journalist*innen häufig Anrufe oder Besuche des CID mit der Aufforderung, nicht zu berichten oder nicht vor Ort zu erscheinen. Zudem bestehe unter Journalist*innen die Befürchtung, dass ihre Telefonate abgehört würden.³⁶ ACPR verwies zudem auf eine Aktivistin von Angehörigen von Verschwundenen in Batticaloa, der die «Counter Terrorist Investigation Division» (CTID) der Polizei nach Protesten Terrorismus, LTTE-Verbindungen und den Versuch einer Wiederbelebung der LTTE vorgeworfen habe. Die CTID habe dabei erklärt, es gebe eine Liste von mehr als 80 Personen, darunter die Aktivistin, die «ständig überwacht» würden.³⁷

Wandel von sichtbarer zu informeller Überwachung. Nach Einschätzung von *Kontaktperson F* habe sich vor allem die Form der Überwachung verändert: Während früher häufiger formelle Vorladungen, behördliche Ermittlungen und andere formelle Massnahmen erfolgt seien, würden Überwachung und Einschüchterung heute eher informell stattfinden. Bei Gedenkfeiern seien weniger uniformierte Sicherheitskräfte sichtbar, jedoch weiterhin zahlreiche CID-Beamte*innen in Zivil präsent, die beobachteten und fotografierten. Für Aussenstehende könne die Lage dadurch normal wirken. Für Menschen vor Ort bleibe die Überwachung jedoch erkennbar.³⁸

Aktuelle Beispiele der Überwachungen und Schikanen. *Kontaktperson A* nannte unter anderem zwei Fälle, die sich Ende März oder Anfang April 2026 ereignet hätten: die

³¹ HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 7.

³² Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

³³ HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 28. August 2025, S. 7.

³⁴ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

³⁵ E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E.

³⁶ ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 18.

³⁷ Ebenda, S. 8-9.

³⁸ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

Befragung eines Journalisten wegen seiner Teilnahme an einem Workshop zu «Transitional Justice» sowie die Vorladung der Leiterin des Frauenflügels einer tamilischen politischen Partei.³⁹ Ein mehrfach dokumentierter Fall betrifft den Journalisten Kanapathipillai Kumanan, der im August 2025 von der CTID zu seiner Arbeit, seinen Kontakten, Finanzen und Auslandsreisen befragt wurde.⁴⁰ Daneben berichtete *Kontaktperson A* von Angehörigen Verschwundener, die am 4. Februar 2026 auf dem Weg zu einer Demonstration angehalten worden seien. Die Polizei habe ihnen ein Drogendelikt vorgeworfen, nachdem im Bus Drogen aufgefunden worden seien. Nach Einschätzung der *Kontaktperson A* seien diese von der Polizei platziert worden. Die Betroffenen seien zur Polizeiwache gebracht und nach ihrer Freilassung zu Hause erneut aufgesucht und befragt worden.⁴¹ *Kontaktperson G* berichtete, selbst regelmässig Anrufe verschiedener Geheimdienste zu erhalten, bei denen sie nach ihrer menschenrechtlichen Arbeit und internationalen Kontakten befragt werde.⁴² *Kontaktperson B* nannte als Beispiel für fortwährende staatliche Aufmerksamkeit gegenüber Gedenkveranstaltungen für Kriegsoffer die Befragung des katholischen Priesters und Aktivisten Sherard Jayawardena durch die CTID/TID.⁴³ Quellen berichteten, Jayawardena sei am 23. Januar 2026 mehr als vier Stunden zu seiner Beteiligung an einer im Mai 2025 in Negombo abgehaltenen Gedenkveranstaltung für Kriegsoffer befragt worden.⁴⁴ *Kontaktperson E* wies auf Befragungen von Studierenden der Universität Jaffna im März 2026 wegen eines Protests am sri-lankischen Unabhängigkeitstag hin.⁴⁵ Laut *Kontaktperson A* seien die Studierenden vom TID verhört worden, wodurch der Protest in einen Terrorismuskontext gestellt worden sei.⁴⁶

Unbegründete Terrorismusvorwürfe. HRW berichtete, dass Angehörige der tamilischen und muslimischen Minderheiten der Gefahr unbegründeter Terrorismusvorwürfe ausgesetzt seien. Menschenrechtsverteidigende in der Nord- und Ostprovinz berichteten, dass Polizei und Geheimdienste sie regelmässig warnten, sie könnten wegen ihrer Arbeit des Terrorismus beschuldigt werden.⁴⁷

Untererfassung von Vorfällen und Hürden bei Beschwerden. Überwachung und Einschüchterung sind laut *Kontaktperson A* und ACPR derart normalisiert, dass die meisten Betroffenen keine Beschwerde erstatteten und nicht meldeten. Dies führe zu einer

³⁹ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

⁴⁰ Der tamilische Journalist Kanapathipillai Kumanan berichtet seit 2009 über heikle Themen im Nordosten Sri Lankas, darunter Verschwindenlassen, Massengräber, militärische Landaneignungen und Forderungen nach Gerechtigkeit. Im Zusammenhang mit seiner Arbeit war er wiederholt Einschüchterungen, Drohungen und Gewalt ausgesetzt. Reporters without Borders (RSF), Sri Lanka's authorities must stop harassing Tamil photojournalist Kumanan Kanapathipillai, 24. Oktober 2025: <https://rsf.org/en/sri-lanka-s-authorities-must-stop-harassing-tamil-photojournalist-kumanan-kanapathipillai>; Tamil Guardian, Tamil journalist grilled for nearly 7 hours by Sri Lanka's Counter Terrorism police, 18. August 2025: <https://www.tamilguardian.com/content/tamil-journalist-summoned-ctid-questioning-mullaitivu>.

⁴¹ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

⁴² Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

⁴³ Auskunft via Instant-Messenger vom 2. April 2026 von Kontaktperson B.

⁴⁴ Journalists for Democracy in Sri Lanka (JDS), Post on X, 23. Januar 2026: <https://x.com/JDSLanka/status/2014679158668812425>; Radio Veritas Asia, Sri Lankan Government Interrogates Sinhalese Priest Fighting for Tamil People's Rights, 26. Januar 2026: <https://www.rvasia.org/asian-news/sri-lankan-government-interrogates-sinhalese-priest-fighting-tamil-peoples-rights>.

⁴⁵ E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E.

⁴⁶ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

⁴⁷ HRW, World Report 2026; Sri Lanka, 4. Februar 2026.

Untererfassung der Vorfälle.⁴⁸ Eingereichte Beschwerden blieben wirkungslos⁴⁹ oder führten schlimmstenfalls zu weiteren Verhören.⁵⁰

Bewusste Strategie und Klima der Angst. ICG stellt fest, dass Überwachung, Befragungen und Einschüchterung nach Einschätzung vieler Aktivist*innen im Norden teilweise eine bewusste Strategie zu sein scheinen, um zu verhindern, dass Verantwortliche für mutmassliche militärische Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen werden. Die Regierung beharre darauf, dass staatliche Kräfte solche Taktiken nicht anwendeten. Dies verstärke das Gefühl der Schutzlosigkeit der Aktivist*innen.⁵¹ Nach Einschätzung von ACPR schaffe die Verbreitung von Überwachung und Einschüchterung ein Klima der Angst. Wer einmal als Ziel wahrgenommen werde, sei ständiger Überwachung, Einschüchterung und Befragung ausgesetzt, ohne dass es dafür eines konkreten Anlasses bedürfe. Für viele Aktivist*innen bedeute dies ein erhebliches Sicherheitsrisiko, da sie bereits wegen blosser kritischer Äusserungen, der Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen oder der Teilnahme an Protesten gegen Übergriffe der Regierung festgenommen oder inhaftiert werden könnten.⁵²

3.3 Tatsächliche oder unterstellte LTTE-Verbindungen als Risikofaktoren

Wiederaufleben der LTTE weiterhin als mögliches Sicherheitsrisiko betrachtet. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* deute die anhaltende Überwachung und Schikane durch Sicherheitskräfte gegenüber Personen im Norden und Osten Sri Lankas darauf hin, dass staatliche Stellen ein Wiederaufleben der LTTE oder einer ähnlichen Gruppierung weiterhin als mögliches Sicherheitsrisiko betrachten. In diesem Zusammenhang würden auch Finanztransaktionen aus dem Ausland an Personen im Norden und Osten überprüft, da diese aus Sicht der Behörden im Verdacht stehen könnten, entsprechende Strukturen zu unterstützen.⁵³

Fortdauer staatlicher Massnahmen gegen Personen mit tatsächlicher oder zugeschriebener LTTE-Verbindung. Mehrere von der SFH im April 2026 unabhängig voneinander befragte Kontaktpersonen äusserten sich zum staatlichen Umgang mit Personen mit tatsächlicher oder zugeschriebener LTTE-Verbindung. *Kontaktperson D* gab der SFH an, ihr sei keine Veränderung im staatlichen Umgang mit Personen bekannt, die mit der

⁴⁸ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A; ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 6-7.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Als Beispiel nennt ACPR eine Aktivistin, deren Beschwerde gegen einen mutmasslichen Angriff während eines Protests durch die Eravur Police von der regionalen Stelle der Human Rights Commission of Sri Lanka in Batticaloa an ebendiese Polizeieinheit zur Untersuchung weitergeleitet worden sei. Bei einer weiteren Beschwerde sei ihre Aussage nicht auf Tamil, sondern auf Sinhala aufgenommen worden und habe nach der späteren Übersetzung falsche Angaben enthalten, darunter die Behauptung, sie sei eine Führungsfigur einer terroristischen Gruppe. ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 6, 8.

⁵¹ ICG, Sri Lanka's Bumpy Road to a Political Reset, S. 16.

⁵² ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 6.

⁵³ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

LTTE in Verbindung gebracht würden.⁵⁴ *Kontaktperson C* verwies auf zwei ihr bekannte Fälle, in denen mutmassliche LTTE-Mitglieder 2009 festgenommen worden seien. Die 2012 eingeleiteten Verfahren dauerten bis heute an. Nach ihrer Einschätzung bestehe keine Bereitschaft der Behörden, die Betroffenen freizulassen oder die Anklagen zurückzuziehen, obwohl beides möglich wäre. Auf die Frage, ob es derzeit Hinweise auf staatliche Massnahmen gegen Personen gebe, denen eine frühere Zusammenarbeit mit der LTTE vorgeworfen wird, gab sie an, es gebe keine besonderen Hinweise – weder auf solche Massnahmen noch auf deren Ausbleiben.⁵⁵ *Kontaktperson G* wies darauf hin, dass die LTTE weiterhin verboten sei und sich die Sicherheitslage für Tamil*innen, insbesondere für sogenannte ehemalige LTTE-Kader, nicht wesentlich verändert habe. Die Behörden suchten nach Personen, die über die LTTE sprächen, sie verteidigten oder Propaganda für sie machten. Diesen drohe die Festnahme nach dem PTA. Als Beispiel nannte *Kontaktperson G* Personen, die anlässlich von Maaveerar Naal oder des Mullivaikkal-Gedenkens ein LTTE-Symbol, die Flagge oder die Gedenkblume⁵⁶ auf Facebook gepostet hätten und daraufhin von Geheimdiensten befragt worden seien.⁵⁷

Überwachung und Befragung von ehemaligen LTTE-Mitgliedern als Form der Einschüchterung und fortgesetzten Kontrolle. *Kontaktperson A* erklärte, ehemalige LTTE-Mitglieder würden weiterhin von Militär und Behörden überwacht und befragt. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* betreffe diese Form der Überwachung und Befragung nicht nur ehemalige LTTE-Kader, sondern auch Personen, die verhaftet, freigelassen oder durch ein Rehabilitationsprogramm⁵⁸ gegangen seien. Diese Personen würden weiterhin überprüft und befragt. *Kontaktperson A* beschrieb dies als etabliertes Muster, an welches sich die Betroffenen teilweise angepasst hätten. Es gehe dabei nicht darum, dass die Personen regelmässig erneut verhaftet oder wieder in Rehabilitation gebracht würden, stattdessen handle es sich um Einschüchterung und fortgesetzte Kontrolle. Teilweise würden Betroffene auch formell zu Verhören vorgeladen, etwa durch schriftliche Benachrichtigungen der Polizei.⁵⁹

Kontaktperson F erklärte, sie habe in letzter Zeit keine konkreten Berichte über eine systematische Überwachung ehemaliger LTTE-Mitglieder erhalten. Da ihre Organisation dazu keine aktive Dokumentation betreibe, lasse sich daraus aber nicht auf ein Ende solcher Praktiken schliessen. Personen, die mit der LTTE in Verbindung standen, würden nach ihrer Einschätzung weiterhin in den Fokus behördlicher Abklärungen geraten, auch wenn sie keine bedeutende Rolle innerhalb der LTTE innehatten. Dies gelte

⁵⁴ Auskunft via Instant-Messenger vom 3. April 2026 von Kontaktperson D.

⁵⁵ E-Mail-Auskunft vom 7. April 2026 von Kontaktperson C.

⁵⁶ Die Karthigai-Blume (*Gloriosa superba*) gilt als Nationalblume des tamilischen Eelam und wird insbesondere an Maaveerar Naal (27. November) zum Gedenken an gefallene Angehörige verwendet. Tamil Guardian, Sri Lankan police prohibit use of Tamil national flower at Maaveerar Naal, 26. November 2023: <https://www.tamilguardian.com/content/sri-lankan-police-prohibit-use-tamil-national-flower-maaveerar-naal>; TamilNet, Karthigaipoo declared as National flower of Eelam Tamils, 14. April 2004: <https://www.tamilnet.com/art.html?artid=11322&catid=79>.

⁵⁷ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

⁵⁸ Siehe dazu zum Beispiel SFH, Sri Lanka, Ehemalige LTTE-Mitglieder, 7. August 2024: https://www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Publicationen/Herkunftslanderberichte/Asien-Pazifik/Sri_Lanka/240807_Lka_LTTE_rehab_denunciation.pdf.

⁵⁹ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

insbesondere, wenn Polizei oder Armee in der Wohnregion der betroffenen Person von der früheren Verbindung zur LTTE wüssten.⁶⁰

Kontaktperson F gab im April 2026 an, ehemalige LTTE-Kämpfer*innen hätten ihr gegenüber auch in jüngerer Zeit von gelegentlichen Besuchen durch lokale Sicherheitsakteure berichtet. Diese Besuche seien nicht regelmässig, dienten aber offenbar dazu, die Betroffenen zu kontrollieren.⁶¹ *Kontaktperson E* berichtete ergänzend, Sicherheitsbehörden würden weiterhin Wohnungen oder Arbeitsplätze einiger ehemaliger LTTE-Kämpfer*innen sowie von Personen, die unter dem PTA festgenommen worden seien, aufsuchen. Dabei versuchten sie, Betroffene zur Zusammenarbeit als Informant*innen zu bewegen. Zudem erkundigten sich Sicherheitsbehörden nach Personen, die festgenommen worden seien oder im Verdacht gestanden hätten, Verbindungen zur LTTE zu haben, und Sri Lanka verlassen hätten, sowie nach Personen, die neu in die Gegend gekommen seien.⁶²

Kontaktperson G erklärte ebenfalls, ehemalige LTTE-Kader würden weiterhin befragt und teilweise aufgefordert, sich beim CID zu melden. Bestimmte Personen würden von Geheimdiensten observiert. Es sei auch zu ein bis zwei Festnahmen gekommen. Zwar seien die Fallzahlen im Vergleich zur Zeit der vorherigen Regierung möglicherweise zurückgegangen, doch seien dieselben Geheimdienste tätig, und deren Vorgehen habe sich nicht geändert. Auf die Frage, ob ehemalige LTTE-Kader weiterhin als «übliche Verdächtige» gälten und bei Vorfällen in einem Dorf oder einer Stadt vom CID als Erste aufgesucht würden, bestätigte *Kontaktperson G* dies ausdrücklich. Diese Personen seien besonders vulnerabel. Einige ehemalige LTTE-Kader seien auf Dorfebene sozial ausgegrenzt, weil die Menschen befürchteten, selbst als LTTE-Unterstützer*innen gebrandmarkt zu werden, wenn sie ihnen Unterstützung gewährten. Dies sei eine übliche Taktik des Staates, um LTTE-Kader von der Bevölkerung zu isolieren.⁶³

Beispiel der Überwachung eines ehemaligen LTTE-Mitglieds. *Kontaktperson A* berichtete von einem Treffen im März 2026, bei dem eine Person schilderte, dass ihr Vater, ein früheres LTTE-Mitglied, seit seiner Entlassung aus einem Rehabilitationszentrum regelmässig vom Militär aufgesucht und befragt werde. Kürzlich sei das Militär zum Haus der Familie gekommen und habe nach dem Aufenthaltsort des Vaters gefragt, der wegen einer Familienfeier nach Colombo gereist war. *Kontaktperson A* beschrieb solche Besuche als fortdauernde Praxis und eine faktische Überwachung. Sie seien für die Betroffenen belastend und wirkten zusätzlich stigmatisierend, weil die Nachbarschaft die Besuche wahrnehme.⁶⁴

Massnahmen bei zugeschriebenem LTTE-Bezug. Neben ehemaligen LTTE-Mitgliedern können auch Personen betroffen sein, denen Sicherheitsbehörden eine Verbindung zur LTTE oder Aktivitäten zu deren Unterstützung zuschreiben. Die vorliegenden Quellen dokumentieren mehrere Fälle, in denen Sicherheitsbehörden Aktivitäten wie Musik, Social-Media-Beiträge, bürgerkriegsbezogene Gedenkveranstaltungen, Proteste, Publikationen

⁶⁰ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

⁶¹ Ebenda.

⁶² E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E.

⁶³ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

⁶⁴ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

oder Jugendarbeit in einen LTTE- beziehungsweise Terrorismuskontext stellten. Die Beispiele betreffen sowohl den Zeitraum vor als auch nach dem Regierungswechsel 2024 und zeigen, dass auch Aktivitäten ohne erkennbaren Gewaltbezug als LTTE-Unterstützung oder Versuch einer Wiederbelebung der LTTE eingeordnet werden können.

Als aktuelles Beispiel wurde der tamilische Rapper HipHop Sangee im Juni 2026 unter dem PTA verhaftet, nachdem ihm die Polizei vorgeworfen hatte, mit Liedern bei einem Konzert und online für die LTTE geworben zu haben.⁶⁵ Kontaktperson B berichtete, weiterhin von Personen kontaktiert zu werden, die von Einschüchterungen betroffen seien. Sie wertete dies als Hinweis darauf, dass Sicherheitsorgane oder ihnen nahestehende Akteur*innen weiterhin Druck auf Personen ausübten, die mit bürgerkriegsbezogenem Gedenken, politischem Aktivismus oder zugeschriebener LTTE-Nähe in Verbindung gebracht würden.⁶⁶

Der Bericht von ACPR vom Februar 2025 führt weitere dokumentierte Beispiele auf. Im Dezember 2023 wurden zwei Männer unter dem PTA wegen angeblicher Vorbereitungsarbeiten für Sprengsätze festgenommen. Einer von ihnen sei ein ehemaliger LTTE-Kämpfer gewesen, und beide hätten wenige Wochen zuvor eine Gedenkveranstaltung für gefallene LTTE-Kämpfer*innen organisiert.⁶⁷ Im April und Juni 2024 wurde ein tamilischer Schriftsteller und Mitorganisator einer Buchveranstaltung in Kilinochchi durch die CTID zu einem als «terroristisch» eingestuften Roman sowie zu seinen eigenen Büchern über die Kriegssituation im Nordosten befragt.⁶⁸ Im Mai 2024 geriet ein Priester im Osten Sri Lankas wegen Gedenkveranstaltungen und Jugendarbeit in den Fokus der CTID. Ihm sei vorgeworfen worden, auf eine Wiederbelebung der LTTE hinzuwirken, indem er Jugendliche indoktriniere, Freiwillige mobilisiere, dafür ausländische Gelder erhalte und Pro-LTTE-Propaganda betreibe.⁶⁹ Polizei und CTID ermittelten gegen Personen, die im Juni 2024 in Batticaloa an einem Protest von Familien von Verschwundenen teilgenommen hatten. Den Betroffenen sei vorgeworfen worden, «Terrorist*innen» zu sein und die LTTE wiederbeleben zu wollen.⁷⁰ Nach dem Regierungswechsel wurden im November 2024 drei Personen im Zusammenhang mit Maaveerar-Naal-Gedenken wegen Social-Media-Beiträgen mit Fotos oder Videos des früheren LTTE-Führers festgenommen.⁷¹

3.3.1 Entführungen, Folter und sexuelle Gewalt bei LTTE-Zuschreibung

Konfliktbezogene sexuelle Gewalt gegen Tamil*innen mit mutmasslichem LTTE-Bezug nach 2009. Ein im Jahr 2026 publizierter OHCHR-Bericht zu konfliktbezogener sexueller Gewalt durch Angehörige der Sicherheitskräfte gegen tamilische Frauen und

⁶⁵ Tamil Guardian, Tamil rapper arrested for 'terrorism' over TikTok video, 4. Juni 2026: <https://www.tamil-guardian.com/content/tamil-youth-arrested-over-nationalist-rap-song-shared-social-media>; Tamil Guardian, Sri Lankan police defend arrest of Tamil artist under PTA, 5. Juni 2026: <https://www.tamilguardian.com/index.php/content/sri-lankan-police-defend-arrest-tamil-artist-under-pta>.

⁶⁶ Auskunft via Instant-Messenger vom 2. April 2026 von Kontaktperson B.

⁶⁷ ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 6.

⁶⁸ Ebenda, S. 7-8.

⁶⁹ Ebenda, S. 9-10.

⁷⁰ Ebenda, S. 9.

⁷¹ Ebenda, S. 24.

Männer – häufig im Zusammenhang mit mutmasslichen LTTE-Verbindungen der Betroffenen – betont, dass zahlreiche Übergriffe nach dem Ende des Konflikts im Jahr 2009 verübt wurden. Auch für die jüngere Vergangenheit dokumentierte das OHCHR solche Vorfälle. Im Rahmen des Berichts befragte Betroffene berichteten unter anderem von mindestens einem Übergriff im Jahr 2024.⁷² *Kontaktperson F* ordnete diese Übergriffe, die zum Teil nur wenige Jahre zurücklägen, als weiterhin relevant ein. Auch im Osten seien Fälle dokumentiert worden, in denen ehemalige LTTE-Kämpfer*innen aufgrund ihres Hintergrunds ins Visier genommen, unter Verdacht festgenommen, gefoltert oder sexuell misshandelt worden seien. *Kontaktperson F* betonte, dass solche Vorfälle zwar selten gemeldet würden, aber weiterhin möglich seien. Das Stigma im Zusammenhang mit Haft, Folter und sexueller Gewalt sei sehr hoch, insbesondere für Männer. Viele Betroffene würden deshalb nicht offen darüber sprechen, ausser sie suchten rechtliche Unterstützung oder versuchten, das Land zu verlassen. Im Osten lebten einige Betroffene weiterhin in unmittelbarer Nähe mutmasslicher Täter, teils in von Militärlagern geprägten Gebieten. Dies erschwere es ihnen zusätzlich, über ihre Erfahrungen zu sprechen.⁷³

Entführungen, Folter und sexuelle Gewalt als wiederkehrendes Muster in von OHCHR dokumentierten Fällen. Das OHCHR dokumentierte acht jüngere Fälle – der letzte datiert auf Januar 2024 –, in denen tamilische Personen mit mutmasslichen früheren LTTE-Verbindungen von staatlichen Akteuren verschleppt, willkürlich inhaftiert und unter Folter sowie sexueller Gewalt verhört worden seien. Die Übergriffe ereigneten sich laut OHCHR vor allem in den Distrikten Jaffna, Kilinochchi, Mannar, Mullaitivu und Vavuniya. Das OHCHR gab an, die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der Betroffenen sowie die Plausibilität ihrer Angaben sorgfältig geprüft zu haben. In einigen Fällen lagen dem OHCHR zudem Kopien von Beschwerden an die Polizei oder die Menschenrechtskommission Sri Lankas vor, in denen Familien das Verschwinden der Betroffenen gemeldet hatten.⁷⁴

Das OHCHR identifizierte ein wiederkehrendes Muster: Betroffen gewesen seien überwiegend **tamilische Männer**, die an **Protesten** gegen Verschwindenlassen, für Land- und Umweltrechte oder an Gedenkveranstaltungen für Kriegsoffer teilgenommen hätten und denen **frühere LTTE-Verbindungen** zugeschrieben worden seien. Sie seien vor der Festnahme **überwacht** oder **fotografiert** worden.

Die **Festnahmen** seien meist **abends** oder **nachts** durch Personen erfolgt, die sich mündlich als Angehörige des **CID** oder der **TID** ausgegeben hätten. Die Betroffenen berichteten, ihnen seien **Augen verbunden** und der **Mund geknebelt** worden, bevor sie in einem Kleinbus an einen **unbekannten Haftort** gebracht worden seien.

Während einer drei- bis fünftägigen Haft seien sie zu **Verbindungen zu ehemaligen LTTE-Kadern im Ausland, Spendensammlungen**, den Organisator*innen von **Protesten** sowie angeblichen Versuchen einer **Neugründung der LTTE** befragt worden. Laut OHCHR versuchten die verhörenden Personen, «**Geständnisse**» oder Informationen über **vergrabene Waffen oder Geld** zu erzwingen.

⁷² OHCHR, Accountability for Conflict-Related Sexual Violence in Sri Lanka, 2026, S. 4: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2135181/2026-crsv-brief-english.pdf>.

⁷³ Telefoninterview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

⁷⁴ HRC, Situation of human rights in Sri Lanka, 27. August 2024, S. 8.

Das OHCHR stufte die Berichte der Betroffenen über **Folter** und **grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung** als glaubwürdig ein. Viele berichteten von **sexueller Folter**, darunter Vergewaltigung, erzwungene Nacktheit und andere Formen sexualisierter Gewalt. Einige Betroffene gaben an, sie hätten Informationen erfunden, leere Blätter oder Dokumente in Sinhala unterschrieben, um die Misshandlungen zu beenden.

Fast alle Befragten berichteten laut OHCHR, nach Zahlung von **Bestechungsgeld** durch Familienmitglieder, häufig über Mittelsleute, freigelassen worden und anschliessend aus Sri Lanka geflohen zu sein. In den meisten Fällen hätten **Sicherheits- oder Geheimdienstmitarbeitende danach die Wohnungen der Betroffenen aufgesucht**, um nach ihnen zu suchen oder den Familien mitzuteilen, die Betroffenen seien aus der Haft geflohen.⁷⁵

Hinweise auf neuere Festnahmen und Folter bei mutmasslichem LTTE-Bezug. *Kontaktperson H* vom *International Truth and Justice Project* (ITJP)⁷⁶ gab der SFH im April 2026 an, über Informationen zu Fällen⁷⁷ zu verfügen, die darauf hindeuteten, dass weiterhin Menschen festgenommen und gefoltert würden. Die Fälle seien sehr unterschiedlich und alle erst nach der Flucht der Betroffenen aus Sri Lanka dokumentiert worden. Nachfolgend werden jene von *Kontaktperson H* geschilderten Fälle aufgeführt, bei denen ein tatsächlicher, familiärer oder zugeschriebener LTTE-Bezug erkennbar war:⁷⁸

- Eine Person, die früher als **Ausbildner*in bei der LTTE** tätig gewesen sei, danach für eine internationale Organisation und in der Privatwirtschaft gearbeitet habe, sei 2026 aus unbekannten Gründen festgenommen worden.⁷⁹
- Eine Person, die **bei der LTTE als Fotograf*in** tätig gewesen sei und nach dem Krieg Proteste gegen die Armee gefilmt habe, sei 2025 festgenommen worden.⁸⁰
- Ein **ehemaliges LTTE-Mitglied**, das bereits nach Kriegsende inhaftiert gewesen sei, sei 2025 erneut festgenommen worden. *Kontaktperson H* beschrieb dies als «klassischen LTTE-Fall».⁸¹
- Eine Person, deren **Vater, ein ehemaliges LTTE-Mitglied**, nach seiner Festnahme verschwunden sei, sei 2024 festgenommen worden. Während der Haft sei die

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Das International Truth and Justice Project – Sri Lanka (ITJP) (<https://itjpsl.com/about>) ist eine unabhängige, internationale und gemeinnützige Organisation, die seit 2013 Kriegsverbrechen und anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka dokumentiert und sich für Gerechtigkeit, Rechenschaft und Aufarbeitung einsetzt. Das ITJP besteht aus Menschenrechtsanwält*innen, Journalist*innen, Forscher*innen und Traumaexpert*innen. Executive Director ist Yasmin Sooka, eine südafrikanische Menschenrechtsanwältin und international anerkannte Expertin für Transitional Justice. Sie war unter anderem Mitglied des UNO-Expert*innen-Panels, das den UNO-Generalsekretär 2010–2011 zur Verantwortlichkeit für mutmassliche Kriegsverbrechen in der letzten Phase des bewaffneten Konflikts in Sri Lanka beriet, sowie Mitglied der Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in Südafrika und Sierra Leone.

⁷⁷ Das ITJP sammelt und sichert Beweismaterial für künftige glaubwürdige Gerichtsverfahren. Darüber hinaus unterstützt es Opfergemeinschaften in Sri Lanka, soweit möglich, bei ihrem Einsatz für Rechenschaft und Aufarbeitung. ITJP dokumentierte in verschiedenen Berichten, dass Polizei und Militär ab 2009 tamilische Personen entführt, rechtswidrig festgehalten, gefoltert und vergewaltigt sowie teilweise erst gegen Zahlung von Lösegeld freigelassen hätten. Die SFH ist in früheren Berichten auf eine Reihe der von ITJP dokumentierten Fälle eingegangen. Ausführlich hier: SFH, Sri Lanka, Entführungen von tamilischen Personen mit LTTE-Verbindungen im Distrikt Jaffna und in der Nordprovinz, 12. Januar 2018: www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Herkunftslanderberichte/Asien-Pazifik/Sri_Lanka/180112-lka-entfuehrungen-jaffna-de.pdf.

⁷⁸ E-Mail-Auskunft vom 15. April 2026 von Kontaktperson H

⁷⁹ E-Mail-Auskünfte vom 29. und 15. April 2026 von Kontaktperson H.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ E-Mail-Auskunft vom 29. April 2026 von Kontaktperson H.

Person gefoltert, sexueller Gewalt ausgesetzt und beschuldigt worden, den verschwundenen Vater versteckt zu haben. Nach Zahlung von Bestechungsgeld sei sie freigelassen worden.⁸²

- Eine Person, die **früher bei der LTTE** gewesen sei und später einen ehemaligen LTTE-Kader getroffen habe, sei 2024 festgenommen worden, nachdem dieser sie an die Sicherheitskräfte verraten habe. Die Person habe zudem an Protesten teilgenommen.⁸³
- Ein **ehemaliges LTTE-Mitglied**, das inzwischen im Ausland arbeite, sei 2024 während eines Besuchs in Sri Lanka festgenommen worden. In Haft seien der Person Fotos gezeigt worden, die sie bei tamilischen Demonstrationen im Ausland zeigten und die zuvor auf sozialen Medien veröffentlicht worden seien.⁸⁴
- Eine Person sei 2024 festgenommen worden, nachdem sie zuvor an Protesten teilgenommen habe. Der **Vater** der betroffenen Person sei in einem **Aufklärungsteam der LTTE** tätig gewesen.⁸⁵
- Eine Person, die in den 1990er-Jahren in einer **Hilfseinheit der LTTE** tätig gewesen sei und zwischen 2022 und 2024 an verschiedenen Protesten teilgenommen habe, sei 2024 festgenommen worden.⁸⁶

Einordnung der Fälle schwierig. Kontaktperson H teilte der SFH neben den oben aufgeführten Beispielen weitere Informationen zu dokumentierten Fällen aus den Jahren 2022 bis 2026 mit. Nach ihrer Einschätzung wirkten die Fälle zunehmend wie Korruption oder Erpressung. Gleichzeitig seien tamilische Personen aus der ehemaligen Konfliktzone sowie ehemalige LTTE-Mitglieder besonders vulnerabel. Eine eindeutige Einordnung sei schwierig, da die Vorgehensweise weiterhin Mustern aus der Konfliktzeit ähnele, etwa Terrorismusbekämpfung, Folter oder die erzwungene Unterzeichnung von Erklärungen. Kontaktperson H hielt es für möglich, dass einzelne Einheiten oder Angehörige der Sicherheitskräfte eigenmächtig und auf eigene Rechnung handelten. Für Betroffene sei es jedoch riskant, Beschwerde einzureichen.⁸⁷ Die Dokumentation werde zudem dadurch erschwert, dass Betroffene teilweise nicht in bekannte Hafteinrichtungen gebracht, sondern an unbekannte Orte verlegt und dort misshandelt worden seien.⁸⁸

⁸² E-Mail-Auskünfte vom 29. und 15. April 2026 von Kontaktperson H.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ E-Mail-Auskunft vom 29. April 2026 von Kontaktperson H.

⁸⁵ E-Mail-Auskünfte vom 29. und 15. April 2026 von Kontaktperson H.

⁸⁶ E-Mail-Auskunft vom 29. April 2026 von Kontaktperson H.

⁸⁷ So habe ein junger Mann, der betroffen gewesen sei, Anzeige bei der Polizei erstattet und erst danach festgestellt, dass die Polizei selbst involviert gewesen sei. Ebenda.

⁸⁸ Ebenda.

4 RÜCKKEHR

Rückkehr nach Sri Lanka: Befragung und Überprüfung am Flughafen abhängig vom individuellen Profil. Nach Einschätzung der *Kontaktpersonen A* und *F* sei eine Verhaftung direkt bei der Ankunft eher unwahrscheinlich, eine Befragung oder Überprüfung am Flughafen bleibe jedoch möglich.⁸⁹ *Kontaktperson A* beschrieb eine Festnahme nach dem PTA bei Rückkehr als eher selten, schloss sie aber nicht vollständig aus.⁹⁰ *Kontaktperson F* wies darauf hin, dass eine Festnahme wahrscheinlicher sei, wenn die Person aktiv gesucht werde, eine höhere Position in der LTTE innegehabt habe oder auf einer «schwarzen Liste» der Behörden stehe.⁹¹ Laut *Kontaktperson G* müssen Personen, die dem Staat als LTTE-Unterstützende bekannt seien und aus dem Ausland zurückkehrten, zumindest mit einer ersten Überprüfung am Flughafen rechnen.⁹² Nach Einschätzung der *Kontaktpersonen F* und *G* hängt das Risiko nach der Rückkehr wesentlich vom individuellen Profil der betroffenen Person sowie davon ab, wie die Sicherheitsbehörden dieses Profil bewerten.⁹³

Die vorliegenden Einschätzungen weisen auf unterschiedliche Rückkehrverläufe hin. *Kontaktperson A* berichtete von mehreren Fällen, in denen Rückkehrende nach der Einreise nicht behelligt worden seien. Als Beispiel nannte sie eine tamilische Person, die vor ihrer Ausreise in die Schweiz vor 15 oder 16 Jahren eng mit der LTTE zusammengearbeitet habe. Diese Person sei 2026 erstmals seit ihrer Ausreise wieder nach Sri Lanka gereist, um an einem Anlass mit Buchvernissage teilzunehmen, und sei dabei nicht befragt worden. Nach Einschätzung der *Kontaktperson A* könnte dies damit zusammenhängen haben, dass die Einladung direkt von einer Schweizer Behörde ausgegangen sei.⁹⁴ Gleichzeitig wiesen verschiedene Quellen auf die Verhaftung von Sandaruwan Senadheera, Herausgeber der im Exil betriebenen Nachrichtenwebsite «Lanka-e-News», bei seiner Einreise im Februar 2026 hin.⁹⁵ Nach Einschätzung von *Kontaktperson C* zeige dieser Fall, dass alte Akten weiterbestehen und Personen auch nach vielen Jahren noch aufgegriffen werden können.⁹⁶

Der *UK Home Office*-Bericht vom August 2025 zeigt mit Bezug auf ältere Quellen, dass Rückkehrende nicht einheitlich behandelt werden. Personen mit gültigem Pass würden am Flughafen laut *australischem Department of Foreign Affairs and Trade* (DFAT) in der Regel rasch abgefertigt. Zusätzliche Befragungen könnten jedoch insbesondere bei irregulärer Ausreise, temporären Reisedokumenten oder offenen strafrechtlichen

⁸⁹ Telefon-Interviews vom 8. und 10. April 2026 mit Kontaktpersonen F und A.

⁹⁰ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

⁹¹ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

⁹² Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

⁹³ Telefon-Interviews vom 8. und 14. April 2026 mit Kontaktpersonen F und G.

⁹⁴ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

⁹⁵ Ebenda; E-Mail-Auskunft vom 7. April 2026 von Kontaktperson C; Committee to Protect Journalism (CPJ), Sri Lankan authorities detain Lanka-e-News editor Sandaruwan Senadheera, 12. März 2026: <https://cpj.org/2026/03/sri-lankan-authorities-detain-lanka-e-news-editor-sandaruwan-senadheera/>.

⁹⁶ Die verhaftete Person kenne den Präsidenten und sei ein starker Unterstützer der NPP – dennoch wurde er verhaftet und inhaftiert. E-Mail-Auskunft vom 7. April 2026 von Kontaktperson C.

Angelegenheiten erfolgen. Zur Frage, ob tamilische Rückkehrende anders behandelt würden als andere Rückkehrende, enthält der Bericht unterschiedliche Einschätzungen.⁹⁷

Zwangsrückführung kann Risiko von Überwachung oder Festnahme erhöhen. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* würden zwangsweise rückgeführte Personen, die aus Sicht der Behörden möglicherweise als problematisch gelten, nach ihrer Rückkehr überwacht.⁹⁸ Auch *Kontaktperson G* wies darauf hin, dass besonders aus Westeuropa abgeschobene Personen das Interesse der Behörden wecken würden.⁹⁹ *Kontaktperson D* gab zudem an, dass es weiterhin zu Festnahmen rückgeführter Personen komme.¹⁰⁰

Frühere Verhaftung, Folter oder LTTE-Verdacht als Risikofaktor bei Wiedereinreise. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* könnten zu Personen, die vor ihrer Ausreise wegen LTTE-Verdachts verhaftet, in Polizeigewahrsam verhört oder gefoltert wurden, weiterhin Aufzeichnungen bestehen. Mit einer solchen Vorgeschichte bestehe bei Wiedereinreise die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Befragung.¹⁰¹ *Kontaktperson E* schätzte das Risiko für Personen, die früher der Beteiligung an der LTTE verdächtigt, verhaftet und gefoltert wurden und danach das Land verlassen haben, bei einer Rückkehr als hoch ein. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die fortgesetzten Erkundigungen der Sicherheitsbehörden nach ausgereisten Personen mit früherer Festnahme oder mutmasslichen LTTE-Verbindungen (siehe Kapitel 3.3). Bei einer Rückkehr, insbesondere bei einer Deportation, würden solche Personen höchstwahrscheinlich am Flughafen angehalten und verhört. Auch eine Inhaftierung auf Grundlage eines «Detention Order» nach dem PTA sei möglich.¹⁰²

Erhöhtes Verhaftungsrisiko bei schwerwiegenden früheren Vorwürfen oder Verfahren. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* wäre die Lage einer rückkehrenden Person besonders problematisch, wenn ein konkreter schwerwiegender Vorwurf gegen sie bestehe, etwa eine tatsächliche Beteiligung an einem Bombenanschlag mit Todesopfern. In einem solchen Fall bestehe grundsätzlich ein Risiko einer Verhaftung, insbesondere wenn Anzeige erstattet worden sei oder ein Verfahren gegen die betroffene Person laufe.¹⁰³ Auch *Kontaktperson F* bewertete frühere Ermittlungen wegen eines Bombenanschlags als besonders bedenklich, insbesondere wenn die Person im Zusammenhang damit in Haft gefoltert worden sei. Nach ihrer Einschätzung führten die Behörden zu Bombenanschlägen weiterhin Aufzeichnungen. Bei einem bedeutenden Anschlag oder einem weiterhin relevanten Verfahren sei nicht davon auszugehen, dass solche Informationen ignoriert würden.¹⁰⁴

Frühere LTTE-Verbindungen, Diaspora-Kontakte und Geldflüsse können das Interesse der Sicherheitsbehörden erhöhen. Falls eine Person eine frühere Verbindung

⁹⁷ UK Home Office, Country Policy and Information Note Sri Lanka: Tamil separatism [Version 9.0], August 2025, S. 47-49: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2130043/LKA%20CPIN%20Tamil%20Separatism.pdf>.

⁹⁸ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

⁹⁹ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

¹⁰⁰ Auskunft via Instant-Messenger vom 3. April 2026 von Kontaktperson D.

¹⁰¹ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

¹⁰² E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E.

¹⁰³ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

¹⁰⁴ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

zur LTTE oder zu einer entsprechenden Bewegung habe, bestehe nach Einschätzung von *Kontaktperson A* ein erhöhtes Interesse der Sicherheitsbehörden daran, was sie nach ihrer Rückkehr tue oder plane, ob sie Kontakte ins Ausland habe und wie sie ihren Lebensunterhalt finanziere. Finanzielle Unterstützung aus der Diaspora, etwa zur Gründung eines Unternehmens, könne Überwachung auslösen. Geldflüsse aus dem Ausland würden überwacht und Fragen zu Herkunft und Verwendung solcher Mittel gestellt. Selbst NGOs seien in jüngerer Zeit zu Finanzierung und Arbeitsbereichen befragt worden. Wenn bereits NGOs derart befragt würden, sei dies bei Einzelpersonen nach Einschätzung von *Kontaktperson A* umso eher möglich.¹⁰⁵ *Kontaktperson F* vermutete, dass Rückkehrende aus der Diaspora häufig pauschal verdächtigt würden, mit der LTTE zusammengearbeitet oder diese finanziert zu haben.¹⁰⁶ *Kontaktperson G* berichtete zudem, dass auch mit Touristenvisum eingereiste Diaspora-Angehörige teilweise befragt oder nach der Einreise zu Hause von Geheimdienstmitarbeitenden aufgesucht worden seien. Dabei seien Fragen zu Aufenthaltsdauer, politischem Hintergrund und möglichen Verbindungen gestellt worden. Solche Fälle seien nach Einschätzung von *Kontaktperson G* zwar zurückgegangen, kämen aber weiterhin vor. Das Risiko hänge stark davon ab, wie bekannt eine Person den staatlichen Geheimdiensten sei. *Kontaktperson G* äusserte zudem die Sorge, dass einzelne Personen aus der Diaspora inzwischen mit der Regierung zusammenarbeiteten oder Regierungsinitiativen unterstützten. Unklar sei dabei, ob und welche Informationen an staatliche Stellen weitergegeben würden.¹⁰⁷

Personen mit niedrigem Profil und ohne Unterstützung: Befragung am Flughafen und Überwachung in den Rückkehrgebieten möglich. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* bestünden für Personen mit niedrigem Profil und ohne Unterstützung gewisse Risiken bei der Rückkehr. Es gehe dabei vor allem um Überwachung. Ein erstes Risiko könne bereits am Flughafen bestehen, vor allem bei zwangsweisen Rückführungen. Rückkehrende würden dort nicht mehr wie früher von Anwalt*innen oder unterstützenden Stellen empfangen, zunächst liege es daher im Ermessen von CID oder TID, wie mit ihnen verfahren werde. Eine Befragung am Flughafen könne zufällig erfolgen. Für eine Person mit der von der SFH geschilderten Vorgeschichte – Beschuldigung der Beteiligung an einem Bombenanschlag, frühere Haft und Folter – sei die Wahrscheinlichkeit einer Befragung jedoch gross. Bei einer Rückkehr in ehemalige Kriegsgebiete, insbesondere nach Jaffna oder Mullaitivu, würden Rückkehrende auf jeden Fall befragt, da sich die Struktur von Polizei, Armee und Militär überhaupt nicht verändert habe. Informationen über die Ankunft würden vom Flughafen an lokale Stellen weitergeleitet, verbunden mit dem Auftrag, zu beobachten, aus welchem Grund die Person zurückkehre und weshalb sie das Land zuvor verlassen habe. Rückkehrende müssten zudem ihre Ausreise begründen und darlegen, welche Angaben sie im Ausland gemacht hätten.¹⁰⁸

Eingeschränkte Verfahrensgarantien bei Festnahme unter dem PTA. Falls eine rückkehrende Person nach dem PTA festgenommen wird, sind die Verfahrensgarantien nach

¹⁰⁵ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

¹⁰⁶ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

¹⁰⁷ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

¹⁰⁸ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

Einschätzung mehrerer Quellen deutlich eingeschränkt.¹⁰⁹ Zwar bestünden laut *Kontaktperson C* formelle Garantien wie Zugang zu Anwält*innen, richterliche Haftprüfung und Beschwerdemöglichkeiten bei der Menschenrechtskommission, der PTA schränke diese jedoch erheblich ein.¹¹⁰ *Kontaktperson G* verwies ergänzend auf weitreichende Handlungsspielräume der Behörden bei PTA-Verdacht.¹¹¹ Der PTA erlaubt die Inhaftierung und Vernehmung terrorismusverdächtiger Personen über längere Zeit ohne Anklage. Die auf dieser Grundlage angeordnete Haft kann bis zu zwölf Monate dauern.¹¹² Quellen dokumentieren jedoch weiterhin jahrelange Haft in PTA-Fällen, insbesondere aufgrund anschliessender Untersuchungshaft, langwieriger Verfahren und Strafhaft.¹¹³ Zwar kann eine Grundrechtsbeschwerde eingereicht werden, um die Inhaftierung oder die Untersuchungshaft anzufechten. Bis zu einer Entscheidung können jedoch Monate, teilweise Jahre vergehen. Trotz der Gesetzesänderung von 2022, die unter bestimmten Umständen eine Freilassung gegen Kautions ermöglicht, kann eine Person weiterhin während bis zu zwölf Monaten ohne Kautions festgehalten werden. Besonders problematisch ist zudem, dass der PTA Geständnisse zulässt, die gegenüber Polizeibeamt*innen ab dem Rang eines «Assistant Superintendent of Police» abgelegt wurden. Laut ACPR habe diese Bestimmung Folter zur Erzwingung von Geständnissen begünstigt.¹¹⁴ *Kontaktpersonen F* und *G* verwiesen darauf, dass Misshandlungen beziehungsweise Folter in Haft auch unter der aktuellen Regierung weiterhin dokumentiert würden.¹¹⁵

5 «ALTE» AKTENEINTRÄGE

Alte Akten, «Watch-Lists» und anlassbezogene Überwachung bleiben relevant. Mehrere *Kontaktpersonen* gingen davon aus, dass frühere behördliche Informationen über verdächtige Personen und mutmassliche LTTE-Bezüge weiterhin aufbewahrt und verwendet werden.¹¹⁶ *Kontaktperson B* nahm ausdrücklich an, dass solche Informationen weiter genutzt würden.¹¹⁷ Auch *Kontaktperson A* bestätigte, dass alte behördliche

¹⁰⁹ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G; E-Mail-Auskunft vom 7. April 2026 von Kontaktperson C.

¹¹⁰ E-Mail-Auskunft vom 7. April 2026 von Kontaktperson C.

¹¹¹ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

¹¹² ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 5-6.

¹¹³ Laut einem Artikel vom April 2026 befinden sich nach wie vor zehn tamilische Häftlinge auf Grundlage des PTA in Haft, obwohl sie bereits zwischen 15 und fast 30 Jahre im Gefängnis verbracht haben. Zwei von ihnen – Selvarajah Kirupaharan und Thambaiya Pragash – wurden im August 2009, am Ende des Bürgerkriegs, festgenommen und warten immer noch auf den Abschluss ihrer Verfahren. Sri Lanka Brief, Civil Society Groups Urge President to Unconditionally Release Long-Term Tamil Political Prisoners, 7. April 2026: <https://srilankabrief.org/civil-society-groups-urge-president-to-unconditionally-release-long-term-tamil-political-prisoners/>.

¹¹⁴ ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 5-6.

¹¹⁵ Telefon-Interviews vom 8., und 14 April 2026 mit Kontaktpersonen F und G.

¹¹⁶ Telefon-Interviews vom 8., 10. und 14 April 2026 mit Kontaktpersonen A, F und G; E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E.

¹¹⁷ Auskunft via Instant-Messenger vom 2. April 2026 von Kontaktperson B.

Aufzeichnungen weiterhin aufbewahrt würden und für die Behörden relevant blieben.¹¹⁸ *Kontaktperson E* erklärte, abgesehen von offiziellen Listen seien keine weiteren öffentlich bekannten Beobachtungslisten bekannt. Alte Aufzeichnungen blieben nach ihrer Einschätzung jedoch weiterhin relevant.¹¹⁹ *Kontaktperson C* konnte keine konkrete Einschätzung zu Aufzeichnungen über LTTE-Beteiligung abgeben, sah jedoch durch einen ihr bekannten Fall bestätigt, dass alte behördliche Aufzeichnungen weiterhin aufbewahrt und verwendet werden. Ob Personen, die in solchen Aufzeichnungen oder Beobachtungslisten erfasst sind, bei Rückkehr überwacht, verhaftet oder strafrechtlich verfolgt würden, könne sie nicht sicher beurteilen. Sie halte dies jedoch für sehr wahrscheinlich, da frühere Muster von Überwachung, Verhaftung und Strafverfolgung insbesondere gegenüber Tamil*innen im Norden und Osten weiterhin bestünden.¹²⁰ Auch *Kontaktperson G* erklärte, alte Akten und Listen blieben weiterhin relevant. Die Behörden hätten über viele Jahre Informationen zu Personen mit mutmasslichen LTTE-Verbindungen gesammelt.¹²¹

Diese Einschätzungen decken sich mit Angaben im *UK Home Office*-Bericht vom August 2025. Demnach gleichen sri-lankische Grenzbehörden Einreisende mit INTERPOL- und nationalen «Watch-Lists» ab. Unter Berufung auf DFAT hält das *UK Home Office* fest, dass Sri Lanka landesweite «Stop- und Watch-Lists» von Personen führe, die terroristischer Aktivitäten oder schwerer Straftaten verdächtigt würden. «Watch-Lists» könnten auch Personen umfassen, die Sicherheitsbehörden wegen mutmasslicher separatistischer Aktivitäten oder LTTE-Verbindungen als relevant einstufen, einschliesslich Personen, gegen die laut *niederländischem Aussenministerium* kein formelles Strafverfahren läuft.¹²²

ACPR dokumentierte ein konkretes Beispiel für fortbestehende militärische Akten. Der Bericht verweist auf Akten zu Personen, die nach dem Krieg aus dem Gebiet um Mullivaikkal in ihre Heimatdörfer zurückkehrten. Diese seien vom Staat mit wenig Belegen als LTTE-verbunden oder als «People from Vanni» etikettiert worden. Das Militär führe über die meisten dieser Rückkehrenden, darunter auch ehemalige LTTE-Kämpfer*innen, Akten. Bei Ortswechseln müssten sie sich melden, bei Wechsel des lokalen Garnisonskommandanten würden die Akten überprüft und die Betroffenen erneut kontrolliert.¹²³

Kontaktperson F beschrieb ergänzend die fortdauernde Nutzung umfangreicher Behördenakten. Solche Akten verschwänden nach ihrer Einschätzung nicht, sondern blieben dauerhaft bestehen. Wenn Behörden Personen ins Visier nähmen, griffen sie regelmässig auf umfangreiche Akten zurück, darunter Informationen zu Telefonverbindungen, SIM-Karten, Reisehistorie, Social-Media-Beiträgen und beruflicher Laufbahn. Eine vorhandene Akte bedeute jedoch nicht zwingend tägliche Überwachung. Überwachung erfolge vielmehr häufig anlassbezogen, etwa bei aktuellen oder politisch sensiblen Themen, Protestaktionen oder Berichten über Massengräber. Wenn über längere Zeit keine Aktivitäten

¹¹⁸ Telefon-Interview vom 10. April 2026 mit Kontaktperson A.

¹¹⁹ E-Mail-Auskunft vom 2. April 2026 von Kontaktperson E.

¹²⁰ E-Mail-Auskunft vom 7. April 2026 von Kontaktperson C.

¹²¹ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G.

¹²² UK Home Office, Country Policy and Information Note Sri Lanka, August 2025, S. 50-51.

¹²³ ACPR, A Phantom that is Real, Februar 2025, S. 17-18.

stattfinden, könne die Überwachung abnehmen. Ein konkreter Auslöser könne jedoch einen neuen Überwachungszyklus in Gang setzen.¹²⁴

Kontaktperson G verwies als Beispiel auf den Journalisten Kanapathipillai Kumanan, dessen Haus während seines Auslandsaufenthalts mehrfach vom CID aufgesucht worden sei. Nach seiner Rückkehr sei er wiederholt im «vierten Stock»¹²⁵ des CID verhört worden, unter anderem zu seiner Biografie, mutmasslichen LTTE-Verbindungen, Diaspora-Finanzierung, seiner journalistischen Arbeit und seinen Bankkonten. Für *Kontaktperson G* zeige dies, dass Behörden über umfangreiche frühere Informationen verfügten und diese weiterhin nutzten. Personen, die in solchen Akten erfasst seien, müssten nach ihrer Einschätzung bei der Rückkehr zumindest mit Überwachung und möglicherweise mit sofortiger Befragung am Flughafen rechnen.¹²⁶

¹²⁴ Telefon-Interview vom 8. April 2026 mit Kontaktperson F.

¹²⁵ Besonders für Folter berücktigter Haftort am Hauptquartier des CID in Colombo. Siehe unter anderem: Netherlands Ministry of Foreign Affairs, Thematic Country of Origin Information Report, Tamils in Sri Lanka, Juni 2024, S. 11: [https://www.ecoi.net/en/file/local/2113711/Thematic country of origin information report Tamils in Sri Lanka June 2024.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/2113711/Thematic%20country%20of%20origin%20information%20report%20Tamils%20in%20Sri%20Lanka%20June%202024.pdf).

¹²⁶ Telefon-Interview vom 14. April 2026 mit Kontaktperson G

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter:

www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen

Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter:

www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN: CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT

© 2026 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.